



Oberschlesien



Spidla bekräftigt Gültigkeit der Benesch-Dekrete.....3
Im Gespräch: Jochen Welt.....5
Entwicklung der Eisenbahn in Oberschlesien.....6
In memoriam Prälat Brzoska.....7
Die Deutschen in Oppeln.....9
750 Jahre Kreuzburg OS.....10

Nr. 9 (1254) 14. Mai 2003

Die größte deutsche Zeitung in Oberschlesien

53. Jahrgang 2,60-Euro 3 zl (w/ty m 7% VAT)

Warschau soll stärker fördern

Aussiedlerbeauftragter Jochen Welt zu Besuch in Warschau und Oberschlesien

Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung und SPD-Bundestagsabgeordnete Jochen Welt hat sich bei einem Warschau-Besuch Anfang Mai für eine höhere Förderung der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen durch die polnische Regierung eingesetzt. Deutschland falle bei der Unterstützung der deutschen Volksgruppe grundsätzlich lediglich die Rolle eines „Copiloten“ zu. Die Mitglieder der deutschen Gesellschaften in der Republik Polen mahnte er zu einer stärkeren „Entfaltung eigenverantwortlicher Initiativen“.

Die Situation der Deutschen in Polen war Gegenstand von Gesprächen des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, des SPD-Bundestagsabgeordneten Jochen Welt Anfang Mai in Warschau. In Begegnungen mit Vertretern des polnischen Außen-, Bildungs- und Innenministeriums forderte Jochen Welt dabei eine höhere Förderung der deutschen Volksgruppe durch den polnischen Staat. Seinen Berechnungen zufolge beträgt die Hilfe der polnischen Regierung für einen in Polen lebenden Deutschen lediglich 45 Cent. Die Hilfe für einen Weißrussen oder einen Ukrainer dagegen 1,45 Euro, also mehr als dreimal so viel. Ein solches Missverhältnis sollte es nach dem EU-Beitritt Polens nicht mehr geben. Nicht Deutschland sondern Polen als „Titularnation“ sei in erster Linie für die Förderung der deutschen Volksgruppe zuständig, erklärte Welt in einem Interview mit „Unser Oberschlesien“ (Siehe Seite 3). Die Rolle Deutschlands könne grundsätzlich nur die des „Copiloten“ sein, ein Stück weit ausgleichend zu helfen.

Deutschland nur „Copilot“?

Bislang liegen die Schwerpunkte der vom Bundesministerium des Innern für die deutsche Minderheit geleisteten Hilfen im Bereich der Stärkung von Existenzen in klein und mittelständischen Betrieben, als auch der Unterstützung sozialer und gemeinschaftsfördernder Maßnahmen. Gefördert wurden

durch der Stiftung für die Entwicklung Schlesiens (SES) bereitgestellte Bundesmittel auch kommunale Infrastrukturprojekte und entsprechende Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, insbesondere für Jugendliche. Alle mit deutschen Mitteln geförderten Projekte sollen dabei nach dem Willen der Bundesregierung nicht nur den Angehörigen der deutschen Volksgruppe sondern auch deren polnischen Nachbarn zugute kommen. In den Jahren von 1990 bis 2003 wurden für Maßnahmen in den vorgenannten Bereichen über 135 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. In diesem Jahr beträgt

das zur Verfügung stehende Volumen 2,8 Mio. Euro aus Bundesmitteln sowie etwa 13,5 Mio. Euro aus Rückflussmitteln früherer Fördermittel, die durch die SES vergeben wurden.

135 Mio Euro in 13 Jahren

Welt machte deutlich, daß die Bundesmittel für die Deutschen in Polen in Zukunft weiter reduziert werden. Wörtlich erklärte er: „Die Bundesregierung ist sich ihrer Verantwortung gegenüber der deutschen Minderheit in Polen unverändert bewusst. Gleichwohl wird der bevorstehende EU-Beitritt Polens und die damit verbundene weitere Verbesserung der Lebensverhältnisse auch der deutschen Minderheit zu einer entsprechenden Anpassung der aus dem Bundeshaushalt geleisteten Hilfe des Bundesministeriums des Innern für die deutsche Minderheit in Polen führen. Daher wird in Zukunft die Identitätserhaltung der deutschen Minderheit wie auch deren gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in Polen noch mehr als bisher von der Entfaltung eigenverantwortlicher Initiativen ihrer Mitglieder abhängen.“

In einem Gespräch mit führenden Repräsentanten des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Polen (VdG) wurde auch die Sorge um die wirtschaftliche Lage Oberschlesiens vor dem EU-Beitritt angesprochen. Dem „Schlesischen Wochenblatt“ zufolge erwog Welt dabei die Möglichkeit einer vermehrten Förderung für die schlesischen Selbstverwaltungen durch die SES. Arme ober-schlesische Kommunen würden sich nicht um EU-Mittel bewerben, weil sie die erforderlichen Eigenmittel in Höhe von 25 bis 30 Prozent der entsprechenden Finanzierungen nicht aufbringen könnten. Hier schlug Welt vor, daß die Bundesregierung betroffenen Gemeinden ebenfalls über zinsgünstige Darlehen helfen könne, die wieder über die SES vermittelt werden könnten. Von Seiten des VdG nahmen an der Unterredung mit dem Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung in Oppeln VdG-Präsident



BdV-Präsidentin Erika Steinbach ehrt Innenminister Schily mit der Wenzel-Jaksch-Medaille

BdV ehrt Otto Schily

Festakt „50 Jahre Bundesvertriebenengesetz“

Mit einem Festakt im Abgeordnetenhaus von Berlin erinnerte der Bund der Vertriebenen am 6. Mai an das Inkrafttreten des Bundesvertriebenengesetzes vor 50 Jahren. Ehrengast und Festredner war Bundesinnenminister Otto Schily, der von BdV-Präsidentin Erika Steinbach mit der Wenzel-Jaksch-Medaille ausgezeichnet wurde. Das Bundesinnenministerium hatte 1969 die Aufgaben des früheren Bundesvertriebenenministeriums übernommen. Der Festakt wurde von mehreren Sendern aufgezeichnet und übertragen. In den Ablauf des Festaktes waren von Ekkehard Kühn (ZDF) ausgesuchte Filmausschnitte über Flucht und Vertreibung und die Integration der Vertriebenen nach 1945 eingebaut. Die Moderation hatte der Leiter der Redaktion Zeitgeschichte beim ZDF, Prof. Guido Knopp, übernommen.

In seiner Festrede würdigte der Bundesinnenminister die Integration der Vertriebenen als eine Erfolgsgeschichte, zu der das Bundesvertriebenengesetz den Rahmen gebildet habe. Die eigentliche Integrationsarbeit aber hätten die Vertriebenen selbst leisten müssen. Dies hätten sie mit Bravour getan und sich

Friedrich Petrach, Jan Lehnort, Blasius Hanczuch, Lydia Burdzik, Eckhard Werner, Helmut Kurowski und VdG-Geschäftsführer Joachim Niemann teil. Jochen Welt wurde von Staatssekretär Frank Willenberg und Ernst Stahl, dem jetzt für die Förderung der Deutschen in Polen zuständigen Ministerialrat im Bundesinnenministerium begleitet. In seinen Begrüßungsworten dankte Petrach dem Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung für die sich gut gestaltende Zusammenarbeit bei der Hilfe für die in Polen lebenden Deutschen von Seiten der deutschen Bundesregierung. Weiter schlug Petrach vor, in Zukunft auch VdG-Vertreter an den Gesprächen zwischen deutschen und polnischen Regierungsstellen über die Finanzierung der deutschen Minderheit zu beteiligen. Diese Gespräche würden dann möglicherweise zu konkreten Vorschlä-

gen und Ergebnissen führen. dabei hohen Respekt erworben. Das Gesetz selbst regelt, welcher Personenkreis bei der Integration in das berufliche, soziale und kulturelle Umfeld der Bundesrepublik Deutschland betroffen ist. Diente das Gesetz am Anfang hauptsächlich der Integration der Vertriebenen, so betreffe es heute vornehmlich die Spätaussiedler. Der Forderung nach einer Abschlussgesetzgebung für Spätaussiedler erteilte der Minister eine klare Absage. Die Bundesregierung gehe weiter von der Vermutung des pauschalen Kriegsfolgeschicks als aus.

Die Erinnerung an die Vertreibungsverbrechen des vergangenen Jahrhunderts gehörten in besonderer Weise zum geschichtlichen Erbe Europas. Das vom Bund der Vertriebenen geplante Zentrum gegen Vertreibungen unterstütze er daher ausdrücklich. Das Zentrum werde ein besonderer Erinnerungsort sein, der dazu bestimmt sei, das Europa der Zukunft vor nationalistischen Verirrungen zu bewahren. Es sei an der Zeit, das geplante Zentrum nun zu verwirklichen, nachdem sich der Bundestag im vergangenen Sommer mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen habe. (Weiterer Bericht in der nächsten Ausgabe)

Auf Einladung des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit mit Sitz in Gleiwitz und Oppeln hielt Welt einen Vortrag zum Thema „Multikulturelle Erfahrungen Oberschlesiens als Bereicherung für das gemeinsame Haus Europa“. Oberschlesien als Grenzland mit deutsch-polnischen Identitäten und Erfahrungen könne, so Welt, eine besondere Rolle im europäischen Einigungsprozeß spielen. In der anschließenden Diskussion ging Welt auf Assimilierungsängste der Deutschen in Oberschlesien ein. Diese seien zwar verständlich, aber unbegründet, solange die deutschen Oberschlesier im Stande seien ein gesundes Selbstbewußtsein aufzubauen. Die Europäisierung Oberschlesiens nannte er einen unaufhaltsamen und natürlichen Prozeß. th (UO) (Siehe auch „Freies Wort“ S. 2 und S.3)

Unser Oberschlesien

Deutschland:

Brüderstraße 13, 02826 Görlitz
 Tel. (03581) 410956, Fax 402231

Oberschlesien:

ul. Klasztorna 4, 47-154 Göra Sw. Anny
 Tel. und Fax. (077)4615993
 senfkorn@proximedia.de
 www.oberschlesien.de